

Landkreis Ravensburg

den 26. Jan. 2018

Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages
am 23.11.2017 in der Gemeindehalle Baienfurt, Marktplatz 2, Baienfurt

Dauer 14:30 Uhr bis 18:00 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Roland Weinschenk,

Erste Landesbeamtin

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Eugen Abler,

Herr Elmar Buemann,

Herr Roland Bürkle,

Herr Rolf Engler,

Herr Josef Forderer,

Frau Josefine Haberkorn,

Herr Rudolf Hämmerle,

Herr Wilhelm Heine,

Herr Hans-Jörg Henle,

Herr Dr. Ulrich Höflacher,

Herr Thomas Kellenberger,

Herr Wolfgang Kleiner,

«sitext» vom «sidat»

Herr Hans-Jörg Leonhardt,
Herr Clemens Moll,
Herr Peter Müller,
Herr Axel Müller, MdB,
Herr Christian Natterer,
Herr Alois Peter,
Herr Dr. Daniel Rapp,
Frau Dr. Silke Rieser,
Herr August Schuler, MdL,
Herr Robert Schweizer,
Herr Robert Stütze,
Herr Waldemar Westermayer,
Herr Josef Wurm,

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle,
Herr Markus Ewald,
Herr Jochen Fischinger,
Herr Matthias Grad,
Herr Roland Haug,
Herr Hans Peter Künst,
Herr Michael Lang,
Herr Rainer Magenreuter,
Herr Dr. Hermann Schad,
Herr Roland Schmidinger,
Herr Bernhard Schultes,
Herr Peter Smigoc,
Herr Oliver Spieß,
Frau Christa Stierle,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,
Frau Judith Gebhardt,
Herr Gereon Güldenbergl,
Frau Ursula Hilpert,
Frau Liv Pfluger,
Herr Bruno Sing,
Herr Siegfried Spangenberg,
Herr Dr. Ulrich Walz,

Herr Roland Zintl,

SPD

Herr Rudolf Bindig,

Herr Peter Clément,

Herr Gerhard Lang,

Herr Rainer Marquart,

Frau Gisela Müller,

ÖDP

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing,

Herr Max Scharpf,

Herr Siegfried Scharpf,

FDP

Herr M. A. Daniel Gallasch,

Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian,

Protokollführer

Frau Selina Nußbaumer,

von der Verwaltung

Herr Joachim Simon,

Dezernent Allgemeine Verwaltung, Kultur und
Bürgerservice

Herr Franz Baur,

Dezernent Finanzen, Schulen und Infrastruk-
tur

Frau Diana E. Raedler,

Dezernentin Arbeit und Soziales

Herr Walter Sieger,

Dezernent Kreisentwicklung, Wirtschaft und
ländlicher Raum

Herr Gerd Hägele,

Dezernent Recht, Ordnung und Landwirt-
schaft

Gäste

Herr Wilfried Franke,

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben,
zu TOP 3

Herr Torsten Hopperdietzel,

Kreisbehindertenbeauftragter, zu TOP 7

Abwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

CDU

Herr Karl Immler,

Herr Dieter Krattenmacher,

Herr Volker Restle,

Herr Daniel Steiner,

FWV

Herr Holger Lehr,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,

Herr Heinz Strubel,

SPD

Herr Anton Frei,

Herr Jürgen Rölli,

ÖDP

Herr Julian Aicher,

Herr Dr. Wolfgang Schmidt,

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe,

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten der Ersten Landesbeamtin

3. 0154/2017
Gründung einer Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH;
Gast: Herr Verbandsdirektor Wilfried Franke, Regionalverband Bodensee-Oberschwaben

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

4. 0115/2017
Kreishaushalt und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Immobilien, Krankenhäuser, Pflegeschule für das Jahr 2018

Angelegenheiten des Vermessungs- und Flurneuordnungsamtes

5. 0162/2017
Gemeindegrenzänderung zwischen der Gemeinde Boms, Landkreis Ravensburg und der Stadt Bad Saulgau, Landkreis Sigmaringen

Mitteilungsvorlagen

6. 0113/2017
Beteiligungsbericht 2016
7. 0156/2017
Jährlicher Tätigkeitsbericht des Kreisbehindertenbeauftragten Herr Hopperdietzel

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

7.1 0177/2017

Verlängerung der Inklusionskonferenz um ein weiteres Jahr - Antrag
der CDU-Fraktion vom 29.10.2017

8. Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

9. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Kreistages wurden am 24.10.2017 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, entschuldigt Herrn Landrat Harald Sievers wegen Krankheit und gratuliert Herrn Scharpf zum heutigen Geburtstag. Er dankt Herrn BM Binder für die Gastfreundschaft und erteilt ihm das Wort.

BM Binder begrüßt die Kreisräte in Baienfurt und informiert über die aktuellen Entwicklungen der Gemeinde.

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung

Der Vorsitzende verweist auf die fristgerecht erfolgte Erweiterung der Tagesordnung – siehe Änderungsblätter zur Tagesordnung (Aufnahme von TOP 7.1)

Darüber hinaus gibt es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

2.

Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Der Vorsitzende teilt mit, dass das Protokoll der vorausgegangenen Sitzung noch nicht vorliege.

Angelegenheiten der Ersten Landesbeamtin

3. 0154/2017

Gründung einer Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH;

Gast: Herr Verbandsdirektor Wilfried Franke, Regionalverband Bodensee-Oberschwaben

Frau Meschenmoser erklärt, dass der Änderungsantrag der SPD vom 16.11.2017 (*An-*

lage 5 zu 0154/2017) im Rahmen der Beratung behandelt werde und dass die Abstimmung zur Zu-Vorlage 0154/2017/1 erfolge. Sie teilt mit, dass die Entscheidung im Bodenseekreis vertagt wurde.

Herr Franke erklärt, dass die Überlegungen zur Gründung einer „Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH“ „aus der Not heraus“ entstanden seien. Der Region Bodensee-Oberschwaben gehe es wirtschaftlich gut. Allerdings beständen riesige Defizite im Bereich der Basisinfrastruktur. Im Bundesverkehrswegeplan 2030 seien 12 Maßnahmen der Region im vordringlichen Bedarf. Wenn das Land Baden-Württemberg davon alle plane, werde eine „Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH“ nicht benötigt. In der letzten Periode des Bundesverkehrswegeplans seien aber von 31 Projekten im vordringlichen Bedarf sieben realisiert worden. Bisher fehlte es am Geld. Dieses Mal könnte das Geld in Berlin abgerufen werden, allerdings fehlten die Planungskapazitäten beim Land Baden-Württemberg. Man wolle aber nicht länger warten, denn die Konkurrenz um das beste Fachpersonal sei groß. Ihm sei bewusst, dass der Landkreis viel Geld in die Hand nehmen müsse. Allerdings sei es notwendig sich selber zu helfen, da eine Nichtrealisierung der Infrastrukturprojekte aus dem Bundesverkehrswegeplan negative Auswirkungen auf die Region haben könnte. Ein Planungsteam vor Ort habe den Vorteil, dass man in der Region gut vernetzt sei. So solle beispielsweise der für die Planungen notwendige Grunderwerb von Beginn an strukturiert durchgeführt werden.

KR Bindig begründet den Antrag der SPD vom 16.11.2017. Er betont, dass die Dringlichkeit der Durchführung der Maßnahmen im Bundesverkehrswegeplan nicht bezweifelt werde. Allerdings sei er mit dem Vorgehen der Verwaltung nicht einverstanden. Lediglich ein Vorschlag zur Lösung der Thematik sei zu wenig. Es gebe beispielweise auch die Möglichkeit, durch politischen Druck auf die Landesregierung Bewegung zu erreichen. Wenn man eine „Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH“ gründen wolle, müsse das Land die Kosten dafür übernehmen. Er möchte wissen, wie man vorgehen werde, wenn die Planungen der verschiedenen Projekte der Landkreise unterschiedlich viel Zeit in Anspruch nehmen. Wie könne man aus der „Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH“ wieder aussteigen? Die Kreisstraßen seien dringend sanierungsbedürftig und darüber hinaus gebe es auch andere wichtige Themen, für die man Geld in die Hand nehmen sollte. Am 28.11.2017 werde die Umsetzungskonzeption zum Bundesverkehrswegeplan vom Land Baden-Württemberg vorgestellt. Er verstehe nicht, warum man diesen Termin nicht abwarte.

KR Schuler teilt mit, dass die CDU Fraktion zu diesem Thema intensiv beraten habe. Man sehe die Gründung einer „Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH“ als große Chance zur Stärkung und Verbesserung der Infrastruktur der Region. Die Planungskapazitäten des Landes Baden-Württemberg würden nun aufgestockt, allerdings werde dies erst in den Jahren 2021/2022 spürbar. Es sei auch nicht gänzlich auszuschließen, dass das Land Planungskosten anteilig übernehmen werde. Man müsse aber nun den ersten Schritt gehen und Geschlossenheit in der Region zeigen, um Land und Bund zu demonstrieren, dass auf kommunaler Ebene alles für die Verkürzung von Planungszeiträumen getan werde. Daher plädiere er für die Zustimmung zur Vorlage.

KRin Pfluger kritisiert die Vorgehensweise der Verwaltung. Das Verfahren sei in „Windeseile“ erfolgt. Die Kreisräte hätten erst Anfang Oktober 2017 offiziell von dem Vorhaben erfahren und dann mehrfach in nichtöffentlicher Sitzung beraten. Hier hätte man sich mit dem Bodenseekreis und dem Landkreis Sigmaringen abstimmen sollen. Außerdem verschärfe man mit der Gründung einer „Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH“ den Wettbewerb um das Fachpersonal, denn man trete in Konkurrenz zum Land. Es könne nicht ausreichend abgeschätzt werden, wie sich die Planungsinhalte entwickeln werden. Das für die Gründung einer „Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH“ zur Verfügung stehende Geld könne sinnvoll anderweitig eingesetzt werden.

KR Spieß sieht die fehlenden Planungskapazitäten beim Land als „Staatsversagen“. Den Kopf in den Sand zu stecken, bringe allerdings niemanden weiter. Die Wirtschaft brauche eine leistungsfähige Infrastruktur. Der Kreistag solle die Chance ergreifen, was nicht heiße, dass man als Gremium nicht auch das Rückgrat habe ein Projekt zu stoppen, das in die falsche Richtung läuft. Er sei allerdings guter Dinge, dass eine „Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH“ ihre Sache nicht weniger gut, als eine übergeordnete Behörde mache. Schließlich spreche diese „die Sprache der Menschen“ vor Ort. Er erklärt, dass er dem Beschlussentwurf zustimmen werde, auch wenn es besser gewesen wäre, alle beteiligten Landkreise hätten sich von vornherein auf eine Vorgehensweise bezüglich der öffentlichen bzw. nichtöffentlichen Behandlung des TOP in den Gremien verständigt. Er empfinde die bisherige Diskussion als wertvoll für die Entscheidungsfindung.

KR Gallasch sieht ohne das Tätigwerden des Landkreises keinen Fortschritt. Die FDP stimme dem Beschlussentwurf daher zu.

KR Schultes bewertet den B 30 Lückenschluss Ortsumfahrung Enzisreute und Gaisbeuren als „zweifelloso notwendige Maßnahme“. In Bad Waldsee sei man froh, dass diese in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen worden sei. Eine „Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH“ könne einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung leisten.

KR Scharpf kritisiert, dass die Ökologie nicht mit in die Diskussion einbezogen werde. Der Umbruch von Grünflächen sei nicht zeitgemäß. Vielmehr müsse man die durch den Straßenverkehr erzeugte Überlastung des Landkreises Ravensburg durch eine Ausweitung des ÖPNV erreichen. Es dürfe nicht sein, dass der Straßenverkehr stetig zunehme.

KR A. Müller bezieht sich auf die Aufforderung von KR Bindig, man solle über die Abgeordneten aus dem Landkreis mehr politischen Druck auf die Landesregierung ausüben und kritisiert in diesem Zusammenhang dessen frühere Arbeit als Bundestagsabgeordneter im Verkehrsausschuss.

KRin Gebhardt empfindet die Wortmeldung von KR A. Müller als persönlichen Angriff auf KR Bindig.

KR M. Lang sieht zwischen der Problematik, dass viele Straßenprojekte aufgrund von Personalmangel nicht geplant werden können und der Arbeit der Abgeordneten keinen Zusammenhang. Er bedauere, dass eine Entscheidung getroffen werden solle, bevor sich der Landrat in einer Sitzung zum Sachverhalt geäußert habe. Er habe kein gutes Gefühl dabei, eine Entscheidung zu treffen, ohne die Gewissheit zu haben, dass sich auch die anderen Landkreise beteiligen und man die Inhalte des Gesellschaftsvertrages kenne.

KR Sing kritisiert das Vorhaben zur Gründung einer „Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH“. Die Verkehrswende werde kommen. Wer heute auf mehr Autos und Straßen setze, habe die Zeit nicht erkannt.

KRin Gebhardt erkundigt sich nach der Möglichkeit, noch länger mit dem Land darüber zu verhandeln, ob dieses die Kosten der „Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH“ übernehmen werde. Die Informationen seien für eine Entscheidung zum heutigen Zeitpunkt nicht ausreichend gewesen und man solle abwarten, bis das Land am

28.11.2017 seine Umsetzungskonzeption zum Bundesverkehrswegeplan vorgestellt habe.

KR Dr. Walz sieht noch andere Notwendigkeiten, für die seitens des Kreises Geld in die Hand genommen werden sollte. Dies sei z.B. ein kreisweites Biodiversitätsprogramm.

KR Bindig erklärt, dass ihm die Dringlichkeit der Umsetzung der Maßnahmen durchaus bewusst sei. In der Diskussion gehe es ausschließlich darum, auf welchem Weg dieses Ziel erreicht werden solle. Die Anschuldigungen von KR A. Müller weise er entschieden zurück.

Herr Franke versteht, dass es um Grundsatzfragen gehe. Er habe Respekt vor der Verantwortung des Kreistages. Wenn im Staat alles richtig laufen würde, wäre die Gründung einer „Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH“ nicht nötig. Es gehe nicht nur um zwei bis drei Jahre Zeitgewinn. Wenn die Umsetzungskonzeption zum Bundesverkehrswegeplan alle Maßnahmen aus der Region umfassen sollte, entfalle die Grundlage zur Gründung einer „Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH“..

KR Natterer sieht zwar die mögliche Realisierung einer ökologischen Verkehrswende, allerdings benötige man auch dann noch Straßen für Autos. Derzeit sei man in der Situation, dass mehr Geld vorhanden sei, als baureife Projekte. Wenn dies so bleibe, fließe das Geld an Baden-Württemberg vorbei nach Bayern.

KR Spieß möchte wissen, wie man aus der „Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH“ austreten könne.

Frau Meschenmoser erklärt, man habe nicht vor, auf politischen Druck zu verzichten. Der Vorschlag zur Gründung einer „Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH“ wäre deshalb entstanden, weil die Verwaltung der Auffassung sei, dass man anders nicht vorankomme. Mit einer GmbH sei man flexibler und schneller als das Land. Dies sei ein Weg, die hohen Verkehrsaufkommen zu regeln. Wenn Baden-Württemberg die auf es entfallende Mittel nicht abrufe, würden diese an andere Bundesländer fließen. Bei Zustimmung von zwei Landkreisen und dem Regionalverband könnte ein Landkreis aus der GmbH austreten. Sollte der Bodenseekreis nicht beitreten, müssten andere Finanzierungswege gesucht werden. Könnten diese nicht gefunden werden, sei die Finanzierung als Grundlage für die Gründung der „Planungsteam Bodensee-

Oberschwaben-GmbH“ nicht gesichert und der Kreistag würde erneut mit der Angelegenheit befasst.

Der Vorsitzende dankt Herrn Franke und erklärt, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung weiter gehe, als der Antrag der SPD. Daher werde man zunächst über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschlussentwurf zur Zu-Vorlage 0154/2017/1:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, zusammen mit (möglichst) den Landkreisen Sigmaringen und Bodenseekreis sowie dem Regionalverband Bodensee-Oberschwaben und der Landsiedlung Baden-Württemberg die „Planungsteam Bodensee-Oberschwaben-GmbH“ oder eine vergleichbare öffentlich-rechtliche Organisationsform zu den beschriebenen Randbedingungen zu gründen und einen entsprechenden Gesellschaftsvertrag abzuschließen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, **mit den betroffenen Kommunen** Verhandlungen über eine finanzielle Beteiligung zu führen.
3. Die Bewilligung der Finanzmittel erfolgt unter dem Vorbehalt, dass über die Höhe der Bereitstellung von Finanzmitteln für die nicht fixe (und zugleich größte) Kostenposition „externe Planungskosten“ in den nächsten zehn Jahren mit den jeweiligen Kreishaushalten entschieden wird.
4. Die Maßnahme wird als neues Handlungsfeld in die Kreisstrategie aufgenommen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

4. 0115/2017

Kreishaushalt und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Immobilien, Krankenhäuser, Pflegeschule für das Jahr 2018

Herr Baur stellt den Entwurf des Kreishaushaltes und Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebs IKP für das Jahr 2018 mit einer PowerPoint Präsentation vor.

Der Vorsitzende dankt Herrn Baur.

Beschlussentwurf:

Der Haushaltsplan und die Haushaltssatzung der Kernverwaltung sowie der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Immobilien, Krankenhäuser, Pflegeschule für das Jahr 2018 werden verabschiedet.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Angelegenheiten des Vermessungs- und Flurneuordnungsamtes

5. 0162/2017

Gemeindegrenzänderung zwischen der Gemeinde Boms, Landkreis Ravensburg und der Stadt Bad Saulgau, Landkreis Sigmaringen

Beschlussentwurf:

1. Der Kreistag stimmt der Änderung der Kreisgrenze zwischen den Landkreisen
 - Ravensburg und
 - Sigmaringenauf der Grundlage des Erläuterungsberichts zur geplanten Änderung der Verwaltungsgrenzen des Landratsamts Ravensburg -untere Flurbereinigungsbehörde- Ziffer 1 bis 7 vom 02.05.2017 zu.
Der Verlauf der neuen Gemeindegrenze und somit der Kreisgrenze ist in der
Kartenbeilage zum o. a. Erläuterungsbericht dargestellt.

1. Das Landratsamt Ravensburg – untere Flurbereinigungsbehörde - wird gebeten, im Flurbereinigungsplan der Flurbereinigung Boms das Erfordernis

derliche zu veranlassen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Mitteilungsvorlagen

6. 0113/2017

Beteiligungsbericht 2016

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

7. 0156/2017

Jährlicher Tätigkeitsbericht des Kreisbehindertenbeauftragten Herr Hopperdietzel

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass das Datum 01.12.2017 in der Vorlage versehentlich falsch genannt wurde. Richtig sei 01.12. **2015**.

Herr Hopperdietzel stellt den jährlichen Tätigkeitsbericht des Kreisbehindertenbeauftragten vor.

KR Engler dankt Herrn Hopperdietzel und dem Sozialdezernat. Er sei beeindruckt, wie viele Veranstaltungen Herr Hopperdietzel innerhalb eines Jahres wahrgenommen habe. Dies sei insbesondere deswegen bemerkenswert, weil er beim Landratsamt Ravensburg eine ehrenamtliche Aufgabe neben seiner regulären Tätigkeit wahrnehme. Es wäre sinnvoll, wenn jede Gemeinde einen Behindertenbeauftragten einsetzen würde.

KRin Fiegel-Hertrampf dankt Herrn Hopperdietzel für seine Arbeit und hebt deren Bedeutung für behinderte aber auch nichtbehinderte Menschen hervor.

KRin Müller lobt das „außergewöhnliche Engagement“ von Herrn Hopperdietzel. Sein Rat werde in der Verwaltung gehört, so schätze beispielsweise die Bauverwaltung der Stadt Ravensburg seine Arbeit sehr.

KR Scharpf bedankt sich und betont die „immer währende Unterstützung“ des Behin-

dertenbeauftragten durch die ÖDP Fraktion.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Hopperdietzel für seine Arbeit.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

7.1. 0177/2017

Verlängerung der Inklusionskonferenz um ein weiteres Jahr - Antrag der CDU-Fraktion vom 29.10.2017

KR Engler hält eine Verlängerung der Inklusionskonferenz um ein weiteres Jahr für notwendig. Die Projektleiterin solle ihre Aufgabe weiterführen können und die bereits erarbeiteten Projektideen umsetzen.

Frau Raedler hat beim Land einen Antrag auf Förderung mit Vorbehalt der Entscheidung des Kreistages gestellt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

8. Mitteilungen und Anfragen

Herr Baur teilt mit, dass es ab Beginn des Jahres 2018 zwei weitere Annahmestellen für Sperrmüll im Landkreis neben den bisherigen Entsorgungszentren in Ravensburg-Gutenfurt und Wangen-Obermooweiler gebe. Künftig soll auch an den Wertstoffhöfen in Bad Waldsee und Bad Wurzach, betrieben von der Firma Bausch, Sperrmüll abgegeben werden können. Um diesen Service für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Ravensburg künftig noch weiter auszubauen, sollen auch an weiteren Standorten zusätzliche Annahmestellen für Sperrmüll eingerichtet werden. Entsprechende Gespräche mit Betreibern von Wertstoffhöfen würden derzeit geführt.

Z. B.

Vorsitzender

Roland Weinschenk

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Selina Nußbaumer

Kreisräte

Roland Haug

Rolf Engler